

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum Erfordernis des Bonner Umdenkens: DDR ist sicherheitspolitischer Partner.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zum 60. Geburtstag Günter Gaus: „Nachdenken über Deutschland“.

Seite 3

Herbert Bermeitinger zur Forderung, die alten Länder in der DDR wieder herzustellen: Anstoß oder Anmassung?

Seite 4

Dagmar Luuk MdB zur Präsidentschaftswahl in Brasilien: Die junge Demokratie im Test.

Seite 5

44. Jahrgang / 224

21. November 1989

DDR ist sicherheitspolitischer Partner

Zum Erfordernis des Bonner Umdenkens

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.
Jeder, der von den beiden deutschen Staaten einen stärkeren abrüstungspolitischen Beitrag fordert, kann sich auf eine Reihe von gemeinsamen deutsch-deutschen Verpflichtungen (bsp. Art. 5 des Grundlagenvertrages) wie auf eine Vielzahl von Sachverhalten stützen, die deutsch-deutsche Gespräche über Sicherheit und Abrüstung rechtfertigen. Nirgendwo auf der Welt ist soviel Militär, sind so viele Waffen so dicht disloziert wie auf beiden Seiten der Elbe. Allein dieser Sachverhalt und die konkrete Chance, zu wirksamer, d.h. substantieller Abrüstung in Mitteleuropa zu kommen, reicht aus, von der Bundesregierung zu fordern, daß sie endlich ihre Position revidiert und die sicherheitspolitische Komponente in die deutsch-deutschen Beziehungen einführt.

II.
Insofern sollte die Bundesregierung den Appell von Egon Krenz in seinem Interview mit der „Kölner Rundschau“ positiv beantworten. Spätestens beim Besuch des Bundeskanzlers in der DDR wird die Frage, was denn die beiden deutschen Staaten - zusammen oder abgestimmt - für Sicherheit und Abrüstung in Mitteleuropa tun können, auf der deutsch-deutschen Tagesordnung stehen.

III.
Es ist ein Unding, mit der DDR über alles sprechen zu wollen, nur nicht ergebnisorientiert über Fragen der Sicherheit und Abrüstung. An geeigneten Themen fehlt es bekanntlich nicht: Die Themenpalette reicht von den vertrauensbildenden Maßnahmen über konventionelle Abrüstung bis zu einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Die DDR ist nach der „Wende“ ein besserer Partner als vielleicht vorher. Dies müßte die Bundesregierung herauszufinden suchen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Papiere
mit hohem Recycling-
Anteil



IV.

Die DDR ist dabei, ihre Militärdoktrin zu überprüfen. Eine günstige Gelegenheit für eine deutsch-deutsche Runde über Militärdoktrinen. Die DDR hat vor der 44. UNO-Generalversammlung erklärt, daß sie zu Transparenz bei den Militärhaushalten (eine alte Bonner Forderung!) bereit ist. Dies wäre Voraussetzung für das weitergehende Vorhaben, die Militärbudgets zu senken und ein Teil der eingesparten Mittel in die Länder der Dritten Welt weiterzuleiten.

Beim weltweiten Versuch, die chemischen Waffen zu vernichten, kommt man offenbar nicht weiter. Warum sollten die beiden deutschen Staaten nicht ihre Territorien chemiewaffenfrei machen und so den weltweiten Bemühungen einen neuen Impuls geben? Bei den Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Wien steht man vor einem ersten Abkommen. Ist es nicht an der Zeit, sich über die Struktur weiterer Abkommen über konventionelle Abrüstung zu verständigen? Immerhin muß eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden: Soll es um qualitative Veränderungen der Streitkräftestrukturen gehen mit dem Ziel der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit oder „nur“ um weitere symmetrische Schritte? Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten können sich nicht nur auf ihre Expertise stützen, sondern auch auf gemeinsame Arbeitsergebnisse.

V.

Zur sicherheitspolitischen Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen gehört natürlich die Begegnung der beiden deutschen Verteidigungsminister. Die beiden Gründe, die das Bundesverteidigungsministerium bislang gegen ein Treffen des Hardthöhen-Chefs mit seinem DDR-Amtskollegen vorgebracht haben, sind hinfällig geworden: Erstens müßten in Wien die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung gut vorankommen und zweitens müßten Begegnungen des bundesdeutschen Verteidigungsministers mit seinem sowjetischen Amtskollegen vorausgegangen sein.

Beide „Bedingungen“ sind erfüllt. Einer deutsch-deutschen Konsultation der beiden deutschen Verteidigungsminister - vielleicht in der Ostsee? - sollte Gerhard Stoltenberg nicht länger ausweichen, wie auch Begegnungen von NVA-Offizieren und Bundeswehroffizieren nichts mehr in den Weg gelegt werden dürfte. Oder hat die Bundeswehr Berührungängste?

VI.

Die Bundesregierung muß umdenken. Sie kann nicht der DDR Themen der deutsch-deutschen Beziehungen aufdrängen und dem Drängen der DDR nach sicherheits- und abrüstungspolitischen Gesprächen ausweichen. Das Thema Sicherheitspolitik ist legitimer Teil der umfassenden Entwicklung der „kooperativen Koexistenz“ (so der Vorsitzende des Ministerrates Hans Modrow in seiner Regierungserklärung). Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der anstehende Besuch des Bundeskanzlers in der DDR konstruktiv vorzubereiten!

Jeder bei uns, der die sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen ablehnt, kann sich weder auf den Grundlagenvertrag noch auf das Kommuniqué nach dem Honecker-Besuch von 1987 stützen. Wer von deutsch-deutscher Verantwortungsgemeinschaft in diesen Tagen spricht, muß sich die Frage stellen: Welchen konkreten Beitrag können und wollen die verantwortlichen beiden deutschen Regierungen zur weiteren Entspannung in Europa wie zu Abrüstungsschritten leisten?

(-/21.11.1989/vo-he/rs)

„Nachdenken über Deutschland“

Günter Gaus zum 60. Geburtstag

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

„Nachdenken über Deutschland“, so lautet der letzte Buchtitel des Journalisten und Politikers Günter Gaus. Damit beschreibt der jetzt 60 Jahre alt Gewordene gleichzeitig ein Stück seiner Lebensarbeit.

Als Gaus 1969 als Chefredakteur zum „Spiegel“ ging, gehörte er zu den wichtigsten journalistischen Befürwortern der von Willy Brandt und Egon Bahr initiierten neuen deutschen Ostpolitik. Schon damals - im Januar 1970 - stellte Günter Gaus im Blick auf die Unionsparteien fest, „wie denn wohl politische Verhandlungen etwa mit der Volksrepublik Polen geführt werden sollten, ohne daß die Anerkennung der jetzigen polnischen Westgrenze mitverhandelt wird“ (Der Spiegel vom 19. Januar 1970). Der Unionspolitiker, Bundeskanzler Kohl, hat in den Debatten um seinen Polenbesuch und in Polen selbst diese politische Erkenntnis - wenn vielleicht auch sträubend - wahrnehmen müssen.

Gaus ist aber auch Politiker, und deshalb forderte er schon damals den „Mut, Schritt für Schritt sich den außenpolitischen Realitäten nicht nur hinter vorgehaltener Hand anzuschließen, sondern auch öffentlich die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, nämlich, „daß auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten heute ebenso verzichtet werden muß wie auf die Revision der Oder-Neiße-Grenze“ (Der Spiegel vom 19. Januar 1970). „Die Unantastbarkeit der jetzt bestehenden Staaten (einschließlich der DDR).. sollte garantiert werden und völkerrechtliche Einwände ließ der politische Journalist Gaus nicht gelten, weil „das Völkerrecht auf weiten Strecken eine Dirne der Politik ist und also jedem Gebrauch offen“ (Der Spiegel vom 23. Februar 1970).

Günter Gaus sagte voraus (Der Spiegel vom 6. Dezember 1971): „Erst die förmliche Anerkennung des Status quo in Europa ermöglicht die Veränderung des Status quo.“ In diesen Wochen erkennen wir angesichts der revolutionären Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wie richtig diese Einschätzung von damals war.

Anfang Juni 1973 wurde der politische Journalist zum Berufspolitiker. Die sozialliberale Bundesregierung ernannte ihn zum Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. 17 Abkommen handelte er aus, und am Ende seiner sechseinhalbjährigen Mission in der DDR stellte er fest: „Ein fernes Land ist nähergerückt“ (Die Zeit vom 30. Januar 1981). Er selbst hat durch seine vielen Aufsätze, Interviews und Bücher mit dazu beigetragen, daß die beiden deutschen Staaten nicht weiter auseinanderrückten.

Wir wünschen uns weitere scharfsinnige Analysen und weiteres ehrliches Nachdenken über Deutschland - aber zunächst soll Günter Gaus seinen 60. Geburtstag gebührend feiern!

(-/21.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Anstoß oder Anmaßung?

Zur Forderung, die alten Länder in der DDR wieder herzustellen

Von Herbert Berneitinger

Sprecher der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der SPD Rheinland-Pfalz

Die Einwirkungsversuche auf die DDR durch Ungefragte werden anmaßender. Da gibt es seit dem vergangenen Wochenende zwei Landtagspräsidenten der CDU, die Herren Klaus Peter Möller aus Hessen und Heinz Peter Volkert aus Rheinland-Pfalz, die heute schon laut und vernehmlich sagen, wie die regionale Gliederung der DDR möglichst umgehend auszusehen hat: Die historischen Länder in der DDR sind wiederherzustellen! Wörtlich meinten die beiden Christdemokraten in einer gemeinsamen Erklärung: „Zur Wiederherstellung der historischen Identität der Deutschen in der DDR gehört der Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung und die Wiederherstellung der historischen deutschen Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg.“

Ob es richtig war und ist, statt der Länder Bezirke zu schaffen, wird im anderen Teil Deutschlands schon lange diskutiert, und in jüngster Zeit besonders - ohne Handlungsanweisung der Landtagspräsidenten aus Mainz und Wiesbaden. Der Mainzer Parlamentspräsident Volkert mußte am besten wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich zwar föderal gliedert, daß sie sich aber im Grundgesetz auch den Neugliederungsartikel 29 gegeben hat, der es ermöglichte, auch Bundesländer in anderen als den historischen Grenzen zu errichten. Daraus erwachsen ist das neue Land Baden-Württemberg, während es bei dem nicht historisch gewachsenen, von der französischen Besatzungsmacht geschaffenen Land Rheinland-Pfalz blieb - weil die endgültigen Volksentscheide erst in den 70er Jahren erfolgten. Zumindest einer ganzen Generation sagte die frühere Zugehörigkeit von Rheinland-Pfälzern zu Bayern, zu Hessen (Nassau) oder zu den preußischen Rheinlanden (Regierungsbezirk Koblenz und Trier) überhaupt nichts mehr, als die Entscheidung an der Urne 30 Jahre nach Kriegsende anstand. Selbst in Baden war es ähnlich: Noch bei der ersten Abstimmung nach Artikel 29 GG gab es im ehemaligen Freistaat beziehungsweise Großherzogtum Baden eine klare Mehrheit für die Wiederherstellung Badens (die Mehrheit kam durch die Entscheidung der vereinigungswilligen Württemberger zustande), aber zwei Jahrzehnte später - das Bundesverfassungsgericht bestimmte eine Wiederholung des Volksentscheides in Baden - gab es kein Bekenntnis mehr zum historischen Baden. Auch dort war Generationen die Erinnerung an das badische „Musterländle“ verloren gegangen.

Angesichts der Initiative der beiden Landtagspräsidenten in Richtung DDR muß an diese Beispiele in der Bundesrepublik erinnert werden, weil sie deutlich machen, daß hier auf jede Schulmeisterei verzichtet werden sollte. Es ist allein Sache der 1990 oder 1991 frei zu wählenden Volkskammer der DDR, auch auf die Frage der organisatorischen Neugliederung dieses Teils Deutschlands einzugehen. Vieles mag für die landsmannschaftliche Gliederung sprechen, vieles möglicherweise auch für eine Lösung mit Bezirksregierungen. Schließlich ist die DDR ein Land mit der Einwohnerzahl von Nordrhein-Westfalen, das seine Regierungsbezirke nach Städten benennt.

In Rheinland-Pfalz wiederum werden zwei Regierungsbezirke nach Städten (Koblenz und Trier), einer dagegen nach historischen geographischen Vorbildern bezeichnet: Rheinhessen-Pfalz, während Bayern generell eine Benennung nach gewachsenen geographischen Begriffen vorgezogen hat. Aber wie gesagt: Über diese Dinge müssen sich wirklich nicht die Landtagspräsidenten von Mainz und Wiesbaden, sondern die - demokratisch gewählten - Institutionen der DDR den Kopf zerbrechen, spätestens im Zusammenhang mit einer Reform der Verfassung. Buchstäblich an den Haaren herbeigezogen ist die Begründung, nur die Wiederherstellung föderaler Strukturen verspreche eine deutsch-deutschen überregionalen Zusammenarbeit Erfolg, also zwischen Bundesländern und entsprechenden Gebietskörperschaften in der DDR. Rheinland-Pfalz pflegt doch gerade auch die Zusammenarbeit mit den französischen Nachbar-Departements - trotz des zentralistischen Staatsaufbaus in der französischen Republik.

Und überhaupt: Wer hindert eigentlich die Rheinland-Pfälzer an einer Kontaktaufnahme zu den thüringischen Bezirken Erfurt oder Suhl, wer die Hessen an einem Versuch mit dem Potsdamer oder dem Rostocker Bezirk? In jedem Fall ist es doch so, daß zwar jedes Bundesland einen Partnerbezirk, aber keineswegs jedes Land ein historisches „Land“ in der DDR finden könnte, denn es gab eben nur fünf Länder beziehungsweise preußische Provinzen! Und überhaupt: vom historischen Preußen ist in der Erklärung der beiden Landtagspräsidenten überhaupt nicht die Rede.

(-/21.11.1989/vo-he/rs)

Die junge Demokratie im Test

Eine Nachbetrachtung zur Präsidentenwahl in Brasilien

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Brasilien im Wahlfieber - die junge Demokratie im Test. Wie erwartet haben die brasilianischen Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Mittwoch, die erste direkte Wahl eines Staatsoberhauptes seit 29 Jahren, keinem der Bewerber die erforderliche absolute Mehrheit beschert. Die endgültige Entscheidung muß jetzt am 17. Dezember fallen - in einer Stichwahl zwischen zwei Kandidaten: dem der Konservativen, dem Rechtspopulisten Fernando Collor de Mello, und dem Kandidaten der Arbeiterpartei, dem Gewerkschafter Luis Ignacio da Silva, genannt Lula. Die Bündnissondierungen für die Stichwahl sind bereits voll im Gange, und die brasilianische Linke tut sich schwer. Kein Wunder angesichts der Verhältnisse.

In Brasilien nämlich herrscht Skepsis darüber, ob die immensen Probleme des Landes von einem Präsidenten überhaupt bewältigt werden können. Die Jahresinflation liegt bei rund 1.300 Prozent, die Verschuldung des Landes hat die 110-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten, Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum halten sich die Waage, und das Elend der Massen, ein unvergleichlicher sozialer Sprachstoff, öffnet dem Populismus Tür und Tor. Zudem: über allem thront das Militär, das nach 21jähriger Diktatur und einem knapp vierjährigen Übergang in die Demokratie bei Bedarf noch immer die Fäden zieht.

Collor de Mello hat diese Situation ausgenutzt. Der 40jährige ehemalige Gouverneur des kleinen nordbrasilianischen Bundesstaates Alagoas und Gründer der „Partei der nationalen Erneuerung“ vertritt einen stramm konservativen Kurs, zieht mit populistischen Thesen gegen Korruption und Vetternwirtschaft zu Felde und sonnt sich in der Gunst des Medienimperiums Globo, das seinen Fernsehwahlkampf gesponsort hat. Publikumsliebbling Collor de Mello, Millionär und politischer Senkrechstarter, verkündet ein radikal neoliberales Programm, fordert drastische Haushaltskürzungen, Privatisierungen und fabuliert, Brasilien als achttes Mitglied des exklusiven Club der sieben größten Industriestaaten anzugliedern. Sein Wahlkampf, eine Mischung aus Seifenoper und Kennedystil, hat ihm rund 28 Prozent der Stimmen beschert. Die brasilianische Linke ist verblüfft ob dieser Art des Stimmenfangs.

Drei Tage lang lieferten sich die Kandidaten der Linken bei der Stimmauszählung ein hartes Rennen um den zweiten Platz, der zum Einzug in die Stichwahl um das Präsidentenamt berechtigt. Die Wähler im Norden des Landes gaben schließlich den Ausschlag. Ignacio Lula da Silva, der Kandidat der sozialistischen Arbeiterpartei PT, erreichte 16 Prozent der abgegebenen Stimmen und kam knapp vor Leonel Brizola ein, dem ehemaligen Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro und Chef der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PDT.

Der Konservative Collor de Mello oder der Sozialist Lula, der streikerprobte ehemalige Führer der Metallarbeiter - so die Alternative für die brasilianischen Wähler am 17. Dezember. Die Sondierungen über die Bündnisse für diese Stichwahl sind schon im Gange. Collor de Mello hat bereits Kontakte zu dem Sozialdemokraten Mario Covas aufgenommen, der mit einem Stimmenanteil von rund zehn Prozent im ersten Wahlgang einkam. Covas jedoch hat angekündigt, er werde den Kandidaten der Linken unterstützen. Auch Brizola hat sich für eine Allianz der fortschrittlichen Kräfte ausgesprochen, die ergänzt werden soll durch „gutwillige Konservative“. Und die sozialistische Arbeiterpartei Lulas will auf ihrem Kongreß am 25. November über mögliche Koalitionen für die Stichwahl beraten. Rein numerisch hätten die Linken also durchaus eine Chance. Ob sie genutzt werden kann, ist die Frage.

Der Wahlkampf in Brasilien nämlich, in den letzten Wochen hochstilisiert zum „Fest der Demokratie“, weist erhebliche programmatische Defizite auf. Im ersten Wahlgang war er zum Fernsehwahlkampf degeneriert, die Sachaussagen kamen zu kurz, die Konservativen gaben sich halbseiden, die Stimmungsdemokratie dominierte.

Dabei zeigte vor allem Collors Erfolg exemplarisch, wie in Brasilien Politik gemacht wird. Collor gründete Anfang des Jahres seine eigene Partei, die Partei des nationalen Wiederaufbaus (PRN), nachdem er in den letzten neun Jahren viermal die Partei gewechselt hatte. Erst durch die Unterstützung von Seiten des brasilianischen TV- und Pressezers Roberto Marinho begann vor einem halben Jahr der Aufstieg des vierzigjährigen Politikers. Während Parteien weitgehend bedeutungslose Anhängsel einzelner Politiker sind, ist das Fernsehen zu einer wahlentscheidenden Macht geworden. In der massenmedialen Unterstützung liegt Collors größte Chance. Der Linken bleiben nur noch vier Wochen, um ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. (-/21.11.1989/vo-he/rs)

* * *